

Calmer Calverblatt

Nr. 51.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Vertheilungswiese: 6 mal wöchentl. Anzeigepreis: Die kleinpolige Seite 40 Btg. Restanten 1.50 Btg. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Dienstag, den 2. März, 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtlohn Btg. 8.40 vierteljährlich. Postabgabepreis Btg. 8.10 ohne Bestellgeld.

Deutschlands Ausverkauf.

Nach einer Mitteilung des Wolffschen Telegraphen-Büros ist wegen des Lochs im Westen nunmehr ein erneuter deutscher Protest durch die deutsche Friedensdelegation an die Gesamtheit der alliierten und assoziierten Regierungen in Form einer dringlichen Note gerichtet worden. Darin wird auf die Tatsache hingewiesen, daß infolge des unbeaufsichtigten Warenverkehrs über die westliche Grenze Deutschlands unnötige Waren in großen Mengen gegen Zahlung in Mark nach Deutschland eingeführt werden, während die unentbehrlichen Bedürfnisse Deutschlands an Lebensmitteln und Kleidung mangels Devisen nicht gedeckt werden können. Durch die damit verbundene Zerrüttung unserer Valuta wird nicht allein Deutschland, sondern es werden sehr beträchtlich auch die Länder geschädigt, denen Deutschland Leistungen aus dem Friedensvertrag schuldet. Die Leistungsfähigkeit Deutschlands wird mit dem Sinken der deutschen Währung und mit der Unmöglichkeit, durch eine genügende Ernährung und Bekleidung die Arbeitskraft der Bevölkerung zu heben, immer geringer. Solche Güter, deren Deutschland dringend bedarf, werden ausgeführt und dagegen zum großen Teil entbehrliche Waren eingeführt, während die deutsche Regierung verhindert wird, dagegen einzuschreiten. Bei dem Besuch des Reichskanzlers im westlichen Industriegebiet wiederholten sich die Klagen immer wieder aufs neue, daß es beim Sinken der deutschen Währung nicht gelingt Lebensmittel und Bekleidung zu erträglichen Preisen ins Land zu bringen, um die Leistungsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung zu steigern. Die Note läßt dahingestellt, ob die Aufhebung der betreffenden deutschen Vorschriften berechtigt war. Jedenfalls findet sich im Friedensvertrag keine Bestimmung, die die Aufrechterhaltung dieses folgenschweren Zustandes rechtfertigen würde. Die deutsche Regierung erklärt sich wiederholt gerne bereit, den wirtschaftlichen Bedürfnissen Frankreichs und Belgiens gerecht zu werden und mit diesen Ländern über begrenzte Freilisten zu verhandeln, die von den deutschen Einfuhrverboten ausgenommen sein sollen. Die Note bittet dringend um einen baldigen Beschluß der alliierten und assoziierten Mächte, wodurch die Verfügungen der Truppenbefehlshaber über die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrbestimmungen außer Kraft gesetzt werden.

Es wirkt wie ein Naturgesetz: die Länder mit einer niedrigen Valuta werden von den Ländern mit höherer Valuta ausverkauft; dies geschieht mit der gleichen Notwendigkeit, mit der das Wasser den Berg hinabfließt. Es müssen sehr starke Dämme gebaut werden, um den Abfluß zu verhindern; mit keinen Maßnahmen ist nichts geholfen. Seit dem Waffenstillstand fliehen ungehindert unsere wertvollsten Waren, dank dem Loch im Westen und unsern Schiebern, in das kaufkräftige Ausland, und täglich verarmt Deutschland mehr durch diesen Vorgang. So gut wie nichts ist bisher getan worden, um das Loch zu verstopfen. Wiederholt hat unsere Regierung sich an die Entente um Hilfe gewandt, denn Deutschland allein konnte den nötigen Damm nicht bauen; die Entente war es ja, die zu ihrem eigenen Nutzen das Loch offen hielt. Der hierdurch gewährleistete Ausverkauf Deutschlands paßte zu trefflich in das Programm Frankreichs, das die wirtschaftliche Erdrosselung Deutschlands als Ordnung des Friedensvertrags will; wie konnte man von Frankreich erwarten, daß es gegen seinen Eigennutz ins das Loch zubauen half? Trotzdem richtet unsere Regierung wieder eine Note an die Alliierten. Es wird in ihr darauf verwiesen, daß durch die Zerrüttung der deutschen Währung auch die Länder geschädigt werden, die augenblicklich Vorteil aus unserem niedrigen Markkurs ziehen. Dieser Hinweis wird zweifellos mehr nützen als jeder Appell an das Mitleid, zumal gewichtige Tatsachen ihm die nötige Schwere und Eindringlichkeit verleihen. Diese Tatsachen sind das Sinken der französischen und englischen Valuta. In Frankreich ist man auf dem besten Weg zu ähnlichen Zuständen, wie wir sie in Deutschland haben. Die Teuerung beginnt auch dort äußerst empfindlich zu werden, und Frankreich wird vom Ausland bereits ebenso ausgekauft wie Deutschland, entsprechend dem oben ange deuteten Naturgesetz. Die notwendigen Waren fliehen aus Frankreich ab wie aus Deutschland. Und die Engländer werden ganz allmählich von dem gleichen Schicksal ereilt. In seiner Nummer vom 7. Februar klagt das Londoner „South American Journal“ über das ständige Sinken des Pfundes Sterling gegenüber dem Geldkurs besonders in Südamerika. „Wir sind gezwungen“, sagt das Blatt, „argentinische Pesos zu einem geradezu ruinösen Satz zu kaufen, um unseren großen Importbedarf zu bezahlen... In Uruguay hat der Peso fast die gleiche Werthöhe erreicht wie in Argentinien. In Chile ist die Lage ähnlich. Der brasilianische Milreis steigt ständig

im Wert, denn die günstige Handelsbilanz Brasiliens wird auf lange Zeit hinaus starkem Einfluß auf den Kurs ausüben.“ Solche Tatsachen werden unseren Feinden eher einleuchten als alle Vorstellungen von deutscher Seite, sie bringen ihnen vielleicht zum Bewußtsein, daß Europa eine große wirtschaftliche Einheit ist, und daß eine internationale Valutaregelung so schnell als möglich zustande kommen muß, wenn nicht das ganze Abendland dem Untergang anheimfallen soll. Die sinkende Kaufkraft ihres Geldes und der ihnen selbst drohende Ausverkauf wird die Staaten der Entente dem Gedanken eines gemeinsamen Währungsausgleichs freierlich geneigter machen, als sie es bisher waren. H. O. R.

Zur äusseren Lage.

Eine Botschaft Deschaneis an England.

(W.B.) Paris, 28. Febr. Präsident Deschaneis hat durch die „Morning Post“ eine Botschaft an das englische Volk richten lassen, worin es heißt: Die Vereinigung Frankreichs und Englands wird die Unabhängigkeit jedes europäischen Landes und die Ruhe der Welt in einem ewigen Frieden sicherstellen. Frankreich und England sind zusammen befähigt, die logischen Folgerungen aus dem Kriege zu ziehen, das heißt, die Entwertung Deutschlands, die Aufrichtung eines mit den notwendigen Hilfsmitteln versehenen Völkerbundes und die Sicherung Frankreichs, dessen Interessen und Traditionen respektiert werden müssen.

Das Ende der deutschen Handelschiffahrt.

(W.B.) London, 28. Febr. (Reuter.) „Daily News“ melden aus New York, daß englische Schiffsahrtlinien die Handelsverbindung New York—Hamburg eröffnen und in Wettbewerb mit deutschen und österreichischen Gesellschaften Auswanderer und Waren befördern wollen. Die Cunardgesellschaft verhandelt über den Ankauf von Docks, Schuppen und Kohlen in Hamburg.

Gegen die Auslieferung der Reste unserer Handelsflotte.

(W.B.) Bremen, 1. März. Gestern protestierte der deutsche Volksbund für Gerechtigkeit in Bremen in der Börse gegen die Auslieferung der Reste unserer Handelsflotte. Kapitän König von „U. Deutschland“ hielt eine wirkungsvolle Ansprache. Die von vielen Tausenden einstimmig angenommene Resolution wurde an die Reichsregierung, die Nationalversammlung und an den deutschen Geschäftsträger in London telegraphiert.

Japanischer Schiffsahrtsdienst nach Deutschland.

(W.B.) Rotterdam, 2. März. Laut „Nieuwe Rotterdam Courant“ meldet „Eastern Service“ aus Tokio, daß die japanische Schiffsahrtsgesellschaft Nippon Yusen Kaisha diesen Monat einen Dienst nach Deutschland via Java für indische Waren einrichten wird.

Der Danziger Staatsrat

* Berlin, 29. Febr. Wie die „Post. Zig.“ erfährt, wird sich die Konstituierung des Danziger Staatsrats in der nächsten Woche vollziehen.

Ein französischer Gewaltakt.

(W.B.) Berlin, 28. Febr. Der Ingenieur Imhoff, dessen Festnahme durch die französische Besatzungsbehörde in Ludwigshafen am 17. Februar erfolgte, ist am 24. Februar nach Lille abtransportiert worden. Die Bemühungen der deutschen Regierung in dieser wie in ähnlichen Angelegenheiten werden nachdrücklich forgesetzt.

Polnische Uebergriffe.

* Berlin, 1. März. Wie dem „Berl. Lokalanz.“ berichtet wird, hat der englische Oberkommissar Lowe auf eine Beschwerde der Zoppoter Gemeinde wegen der neulich erfolgten Beschießung Zoppoter Fischer durch polnische Soldaten die verantwortlichen polnischen Stellen streng angewiesen, in Zukunft die Demarkationslinie genau zu beachten. Zuwiderhandlungen sollen bestraft werden.

Die Zustände in Sowjetrußland.

(W.B.) Amsterdam, 1. März. „Daily News“ bringt eine außerordentlich pessimistische Schilderung des Sonderberichtserräters der „New York World“ über die Zustände in Rußland. Das Eisenbahnwesen ist erschüttert. Eine groß angelegte Offensive gegen Polen oder einen andern Nachbarstaat ist daher ausgeschlossen. In Moskau, Petersburg und anderen Industriemittelpunkten gehen rund acht Millionen Menschen

langsam aber sicher am Hunger zu Grunde. Die Sterblichkeit in Moskau beträgt 30 Prozent. Das Land wird von Epidemien heimgesucht.

Die adriatische Frage.

(W.B.) London, 20. Febr. Reuter meldet: „Daily Mail“ meldet, daß die Südslaven und die Italiener, um eine freundschaftliche Regelung der adriatischen Streitfrage zu erzielen, in unmittelbarem Gedankenaustausch getreten sind. Man erwartet eine baldige Lösung.

Amerika und der Friedensvertrag.

(W.B.) Bern, 1. März. Eine in Genf eingetroffene Washingtoner Meldung der „United Press“ stellt fest, daß nach der Ueberzeugung unterrichteter politischer Kreise die Ratifizierung des Versailler Vertrags durch die Haltung der demokratischen Senatoren unmöglich geworden sei.

Georg Brandes über den Völkerbund.

ml. Aus Anlaß der in Schweden zurzeit heiß umstrittenen Frage, ob das Land dem Völkerbund beitreten solle, hat sich „Aftonbladet“, an eine Reihe hervorragender Dänen und Schweden gewandt und sie um ihre Meinung über den Völkerbund gebeten. Die Antwort von Georg Brandes, dem berühmten dänischen Literaturhistoriker, lautet: „Falls wirklich alle Nationen beschließen wollten, sich immer gegenseitig zu helfen, könnte man den Völkerbund in wenigen Paragraphen festsetzen. Man würde einfach die Zollgrenzen abschaffen. So, wie der Völkerbund jetzt erscheint, wird er gegen jemand geschlossen, umfaßt also nicht alle Völker. Da sich Amerika zurückgezogen hat, und da die Mittelmächte und Rußland ausgeschlossen sind, muß man den Bund als eine Zwangseinrichtung ansehen. In eine solche einzutreten, kann aber den skandinavischen Ländern und der Schweiz unmöglich zum Nutzen reichen. Sie schränkt die Selbstständigkeit dieser Länder ein, hebt ihre Neutralität auf und macht sie im Handumdrehen zu Vasallenstaaten. Aber die gegenwärtige Frage ist ja nicht, ob der Bund zu verweigern, und wie eine Weigerung bestraft werden würde. Daher hat sich, wie ich sehe, Dänemark bereits dem Bunde angeschlossen.“

Ausland.

Fremdenausweisung aus Tirol.

* Berlin, 29. Febr. Laut „Berl. Tagebl.“ hat die Tiroler Landesregierung die Ausweisung aller nicht nach Tirol zuständigen Fremden angeordnet. Zum Sommeraufenthalt im Jahre 1920 sollen nur solche Personen nach Tirol zugelassen werden, die in Tirol heimatsaufständig sind.

General Niefel wird Kommandant in Nordafrika.

(W.B.) Paris, 28. Febr. Nach einer Meldung aus Algier ist General Niefel zum Kommandanten der französischen Truppen in Nordafrika ernannt worden. Er soll den General Rivelle ersetzen, der nach Frankreich zurückkehrt, weil er Mitglied des Obersten Kriegsrats geworden ist.

Der französische Eisenbahnerausstand.

(W.B.) Paris, 2. März. Der nationale Eisenbahnerverband teilt mit, daß infolge von Besprechungen beim Ministerpräsidenten eine Einigung zwischen den Vertretern des Verbands und der Eisenbahndirektion erzielt wurde. Daher werde der Befehl, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, vom Verband gegeben werden.

Der englische Botschafter in Washington.

(W.B.) London, 2. März. (Reuter.) Amtlich wird mitgeteilt, daß der Vorsitzende des Handelsamts, Sir Auckland Geddes, zum Botschafter in Washington ernannt worden ist.

Sobranjewahlen in Bulgarien.

(W.B.) Paris, 28. Febr. Eine Depesche aus Sofia meldet amtlich, daß das Datum der Wahlen zur Legislativversammlung der 28. März ist. Die neue Sobranje wird spätestens am 18. April zusammentreten.

Um das allgemeine Stimmrecht in Japan.

(W.B.) Tokio, 1. März. Die Debatte über das allgemeine Stimmrecht, welche die Kammer am 14. Februar begonnen hatte, wurde inmitten einer lebhaften Bewegung wieder aufgenommen. In den Straßen um das Gebäude der Kammer herum fanden heftige Manifestationen der Menge statt. Die

Debatte wurde schließlich vom Premierminister abgebrochen, der mitteilte, direkt das Volk über diese wichtige Frage zu befragen. Die Kammer wurde hierauf aufgelöst. — Das bisherige Wahlrecht in Japan ist ein Dreiklassenwahlrecht, das nach dem Muster des früheren preussischen Wahlrechts geschaffen war. Die Schrift.

Deutsche Nationalversammlung.

Präsident Fehrenbach eröffnete die gestrige Sitzung um 1.25 Uhr nachm. Es folgte die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Ergänzung des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen. — Das Gesetz ging ohne Aussprache an den Verfassungsausschuss.

Vorlesung der zweiten Beratung des Entwurfs des Reichseinkommensteuergesetzes. — Zu § 2 (persönliche Steuerpflicht) begründete Dr. Becker-Hessen (D.V.P.) einen Antrag, der doppelte Besteuerung auf das Einkommen aus ausländischem Grundbesitz verhindern will, soweit glaubhaft nachgewiesen wird, daß der Steuerpflichtige sich nicht seinen inländischen Steuerpflichten durch den ausländischen Besitz hat entziehen wollen. Der Antrag wurde abgelehnt. § 2 angenommen; ebenso weitere Paragraphen.

Zu § 12 begründete Abg. Wehlich (D.N.) einen Antrag, daß Gewinne aus Veräußerung von Grundstücken nicht steuerbar sein sollen, es sei denn, daß die Grundstücke innerhalb der letzten 5 Jahre erworben worden seien. (Vorlage: 10 Jahre). — Abg. Seeger (U.S.P.) wendete sich gegen eine im § 12 ausgesprochene Bevorzugung der Reichswehr durch Steuerfreiheit ihrer Naturalbezüge. — Unterstaatssekretär Möhle hat, die Regierungsvorlage anzunehmen, die Anträge aber abzulehnen. Für den Antrag stimmten 87, dagegen 100 Abgeordnete.

Nach einer Pause eröffnete Präsident Fehrenbach wieder die Sitzung. Die Beratung wurde fortgesetzt. § 12 wurde in der Ausschussfassung angenommen. Ein Antrag Götthein (D.), wonach in Abzug gebracht werden dürfen Beiträge zu politischen, wohltätigen und kulturfördernden Vereinigungen, soweit sie 10 Prozent des Einkommens nicht übersteigen, wurde bis zur dritten Lesung zurückgeschoben.

Abg. Dr. Becker-Hessen (D.V.P.) beantragte, daß Beiträge zu den öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen usw. abzugsfähig sind. — Abg. Keil (Soz.) begründete ebenfalls mehrere Abänderungsanträge. — Nach weiterer Debatte wurden die Anträge Keil und der Antrag Becker betreffend die öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen angenommen. Die übrigen Anträge wurden abgelehnt.

Zu § 16 wurde ein Antrag Dr. Becker-Hessen (D.V.P.) angenommen, wonach das Einkommen des Haushaltsvorstandes und seiner minderjährigen Kinder zusammengerechnet werden kann. — Die §§ 19 und 20 wurden gemeinsam beraten. — Abg. Keil (Soz.) begründete einen Antrag Dr. Blund (Dem.) und Gen., auf den sich die Mehrheitsparteien und die Rechte geeinigt haben, wonach der dem steuerfreien Einkommen hinzuzurechnende Betrag bei einem Steuerpflichtigen, dessen steuerbares Einkommen 10 000 Mark nicht übersteigt, um 200 Mark für die zweite und jede weitere zur Haushaltsführung zählende Person erhöht wird, sofern letztere das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet hat. — Unterstaatssekretär Möhle: Der Antrag Blund ist mit einem nassen und einem heiteren Auge zu begrüßen, aber schließlich kann man darüber reden. — § 19 wurde mit dem Antrag Blund angenommen, § 20 in der Ausschussfassung. — Angenommen wurde ferner ein Antrag Blund, einen § 55a einzufügen, wonach im Anschluß an den Antrag Blund (zu § 19) der § 14 des Umsatzsteuergesetzes aufgehoben wird. — Hierauf wurde die Weiterberatung vertagt.

Deutschland.

Vom Reichsrat.

(W.B.) Berlin, 29. Febr. In der öffentlichen Sitzung des Reichsrats, die am Samstag abend unter dem Vorsitz des Ministers Dr. David stattfand, wurde eine Verordnung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ernte 1920 angenommen. Unter Beibehaltung der öffentlichen Bewirtschaftung soll darnach der an die heimischen Abnehmer zu zahlende Mindestpreis für die Tonne Weizen und dem Weizen gleichstehende Getreidearten mindestens 1100 M. für Roggen, Gerste und Hafer 1000 M. und für die Tonne Kartoffeln 500 M. betragen. Die Bekanntmachung der neuen Sätze soll noch vor der Frühjahrbestellung erfolgen. Uebrigens sollen diese Preise nach Beginn der Ernte noch eine Prüfung erfahren auch im Sinne einer etwaigen Steigerung, wenn sich der Umfang der Ernte einigermaßen übersehen läßt. — Gegen die Stimmen von Sachsen und Bremen wurde eine Verordnung über eine weitere Ermäßigung der Tabaksteuer angenommen. Ueberraschend auch für die meisten Reichsratsmitglieder war der Entwurf eines Umsatzsteuergesetzes, der auch auf der Tagesordnung der Samstagssitzung stand.

Die Vereinheitlichung des Verkehrswesens.

(W.B.) Hamburg, 28. Febr. Wie uns mitgeteilt wird, werden auf Einladung des Reichsverkehrsministers am 4. März in Berlin die Verhandlungen der Reichsregierung mit den Ländern ohne Staatsbahnbahnbefehl beginnen, bezüglich des von ihnen erhobenen Anspruchs, beim Uebergang der Eisenbahnen auf das Reich dieselben Vorbehalte wie die Länder mit Staatsbahnbefehl eingeräumt zu erhalten.

Das Ergebnis der Uebersichten im Bergbau.

* Berlin, 23. Febr. Wie die „B. Z.“ aus Düsseldorf meldet, stellt sich das Ergebnis der ersten Woche der Uebersichten im Bergbau so, daß mit einer jährlichen Mehrförderung von 12 bis 15 Millionen Tonnen zu rechnen ist, während der Reichskanzler bei den Essener Verhandlungen eine Mehrförderung von 45 Millionen Tonnen jährlich als notwendig bezeichnet hat.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Oeffentliche Bekanntmachung betr. Feldbereinigung II in Althengstett.

Die am 28. Februar ds. Jz. erfolgte Abstimmung über den Antrag des Gemeinderats in Althengstett auf Ausführung einer Feldbereinigung in den Gewänden: Stochau, Zwischenbergen, Fronacker, Hemberg, Kappendächer und Calwer Wiesen der Markung Althengstett hatte folgendes Ergebnis: Von 170 Teilnehmern mit einem Steuerkapital von 3012,39 M. haben mit „ja“ abgestimmt 40 Teilnehmer mit einem Steuerkapital von 921,37 M. Nicht erschienen und als zustimmend anzusehen waren 112 Teilnehmer mit einem Steuerkapital von 1641,78 M. Somit waren insgesamt als zustimmend anzusehen 152 Teilnehmer mit einem Steuerkapital von 2563,15 M. Mit „nein“ haben abgestimmt 18 Teilnehmer mit einem Steuerkapital von 449,24 M.

Dies wird mit dem Anfügen bekannt gegeben, daß den Beteiligten das Recht zusteht, innerhalb einer Frist von 2 Wochen vom Tag der Abstimmung an, dem Oberamt die nach ihrer Ansicht der Ausführung des beschlossenen Unternehmens entgegenstehenden Gründe mündlich oder schriftlich darzutragen.

Calw, 28. Februar 1920.

Oberamt: Götz.

* Berlin, 2. März. Infolge Mangels an Waggons zum Abtransport der Kohlen ist, wie der „Vorwärts“ erfährt, die Durchführung des mit den vier großen Bergarbeiterverbänden des Ruhrreviers erzielten Abkommens gefährdet.

Amerikanische Hilfe für Oberschlesien.

* Berlin, 29. Febr. Die in Kattowitz eingetroffene amerikanische Hilfsmission für die ober-schlesischen Kinder machte 30 000 Garnituren (Anzug, Mantel, Schuhe und Strümpfe) zur Verteilung verfügbar.

Die Handelskammern unter Reichsgesetz.

Die Reichsregierung beabsichtigt, im Zusammenhang mit der Errichtung von Bezirkswirtschaftsräten reichsgesetzliche Vorschriften auch über die Handelskammern zu erlassen, deren Organisation bisher ausschließlich durch Landesgesetz erfolgt war. Es ist die Ausarbeitung eines Reichsrahmengesetzes geplant.

Keine Sommerzeit.

Nach einer Äußerung des Reichsministers des Innern ist die Einführung der sogen. Sommerzeit in Deutschland für das Jahr 1920 nicht geplant.

Steuererklärung und Bilanzstichtag.

Bekanntlich bestimmt das Vermögenszuwachssteuergesetz, daß zur Abgabe einer Steuererklärung jeder verpflichtet ist, dessen Endvermögen um mindestens 6000 M. das Anfangsvermögen am 30. Juni 1919 überstieg. Für Betriebe, die jährlich Bilanz machen, ist dabei vorgeesehen, daß an Stelle des allgemeinen Stichtags (30. Juni 1919) der Bilanzstichtag treten darf, wenn er in die Zeit vom 31. März 1919 bis zum 29. Februar 1920 fällt. Bisher ist keine Anordnung des Reichsfinanzministeriums erschienen, wonach es Betrieben, deren Bilanzstichtag in den März fällt, erlaubt wäre, diesen Tag ihrer Steuererklärung zu Grunde zu legen. Sie müßten daher den Vermögensstand vom 30. Juni 1919, dem allgemeinen Stichtag, ermitteln, entsprechend dem formellen Wortlaut des Gesetzes.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 2. März 1920.

Aus dem Bezirksrat.

Am 23. Februar trat der Bezirksrat in seiner neuen Besetzung auf Grund der kürzlich stattgehabten Bezirksratswahl erstmals zusammen. Der Vorsitzende begrüßte die Mitglieder und nahm die Beibehaltung vor. Sodann teilte er mit, daß die schwebischen Vereine in Chicago dem Oberamt 4000 Mark für die Bedürftigen des Bezirks überhandt haben, welche es dem Bezirkswohltätigkeitsverein zur Verteilung überweisen werde. Eine Dankagung namens des Bezirks wird das Oberamt abgehen lassen.

Von den Gegenständen der Tagesordnung erwähnen wir wie folgt: Die Beischlüsse der Gesamt- und Teilgemeinde Altbürg über die Gewährung von Gemeinderatsstipendien werden für vollziehbar erklärt. — Der Fahrenhaltungsvertrag in Hofstett wird nach der vom Gemeinderat dort gegebenen Auffklärung nicht weiter beanstandet. — Die Stelle des Heizers und Hausdieners beim Bezirkskrankenhaus ist frei geworden und soll in Wäde besetzt werden. Die Oberamtspflege wird erucht, das Weitere in die Wege zu leiten. — Das Ministerium bringt zur Sprache, daß bezüglich der Aufnahme der Krankenkassen in die Krankenkassen des Landes große Unterschiede bestehen und daß es erwünscht wäre, diese im ganzen Land nach gleichmäßigen Grundsätzen zu organisieren, und erucht die Bezirksräte des Landes bezw. die Gemeinderäte, soweit sie Inhaber von Krankenhäusern sind, um Stellungnahme. Im Bezirksrat findet hierüber eine Aussprache statt. Man ist sich darüber einig, daß die gegebene Anregung erwägenswert sei, daß es aber fraglich erscheine, ob bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse es möglich sein werde, überall nach den gleichen Grundsätzen zu verfahren. Eine Verhandlung zwischen den Inhabern der Krankenhäuser des Landes und den Vertretern der Krankenkassen, etwa unter Vorsitz eines Regierungsbeamten, werde am raschesten zu einer Klärung führen. Grundsätzliche Bedenken bestehen hiernach von hier aus nicht. — Die Kammerfegergehilfen des Landes sind wegen Erhöhung ihrer Löhne vorläufig geworden, was dem württ. Kammerfeger-Znangsverband wiederum Anlaß gegeben hat, von der Zentralbehörde eine Erhöhung der Kehrgebühren um 100 Prozent zu fordern. Der Bezirksrat erhält Gelegenheit, hierzu Stellung zu nehmen. In der Debatte kommt zum Ausdruck, daß diese rapide Erhöhung der Kehrgebühren nicht genügend begründet sei und daß zu ihrer Rechtfertigung zunächst noch weitere Aufklärung seitens der Zentralbehörde notwendig sei. —

Nach telefonischer Mitteilung des Ministeriums ist damit zu rechnen, daß die Bezirke Calw und Neuenbürg zwecks Errichtung eines Jugendamtes zusammengefasst werden sollen. Der Sitz des Amtes soll nach Calw kommen. Sobald die Sache spruchreif ist, werden die beiden Bezirke von Calw und Neuenbürg zu einer gemeinschaftlichen Sitzung zusammengetreten. — Endlich kommt zur Sprache, ob die Vertreter des Arbeiter- und des Bauernrats noch weiterhin Sitz im Bezirksrat haben, nachdem derselbe auf Grund der Wahlen neu zusammengesetzt sei. Der Vorsitzende verliest hierzu einen Min.-Entsch., nach welchem vorläufig beide noch im Bezirksrat Sitz haben. Der Bezirksrat nimmt hiervon Kenntnis.

Die Frauen und die neue Zeit.

Auf den heute-Abend im Dreißigen Saale stattfindenden 5. Vortrag in dem von der Deutschen Demokratischen Partei veranstalteten allgemeinen Vortragszyklus, in dem die Abg. Frau Maria Reinath über „Die Frauen und die neue Zeit“ sprechen wird, möchten wir auch an dieser Stelle hinweisen.

Heimgekehrte Kriegsgefangene.

Aus Kriegsgefangenschaft sind weiterhin zurückgekehrt: Jakob Schrotz aus Oberkollbach (M.G.S.-Mittg. 53); Ludwig Beck aus Bad Liebenzell (Gren.-Rgt. 119); Oskar Linder aus Unterreichenbach (Res.-Inf.-Rgt. 119); Oskar Jübler aus Hirsau (Res.-Inf.-Rgt. 122); Friedrich Müller aus Simmozheim (Inf.-Rgt. 126); Carl Dierckmann aus Calw (Inf.-Rgt. 126); Jakob Steimle aus Liebesberg (Inf.-Rgt. 475); Ernst Schumann aus Calw (Inf.-Rgt. 127); Ernst Häberle aus Simmozheim (Inf.-Rgt. 479); Lorenz Mönch aus Oberkollbach (Res.-Inf.-Rgt. 120); Adolf Nischele aus Dedensfronn (Gren.-Rgt. 119); Friedrich Kentschler aus Emberg (Res.-Inf.-Rgt. 120); Adolf Kienle aus Althengstett (Inf.-Rgt. 475); Eugen Schaible aus Calw (Inf.-Rgt. 475); Matthias Dehstler aus Dedensfronn (Inf.-Rgt. 142).

Die Neuordnung des Konfirmandenunterrichts.

Uns wird geschrieben:

Im „Calwer Tagblatt“ Nr. 39 ist zu dieser Frage eine Einwendung des württ. Lehrervereins veröffentlicht worden, welche in der Forderung gipfelt, daß der Konfirmandenunterricht außerhalb der Schulzeit erteilt werden sollte. Dieser Vorschlag ist nicht neu, und es war zu erwarten, daß derselbe mit der Trennung von Kirche und Schule neu aufgestellt würde. Es hat sich ja auch die das „Kleine Schulgesetz“ beratende Kommission des Landtags mit dieser Frage schon befaßt. Die in jener Einwendung der Forderung beigegebene Begründung ist aber so eigenartig, daß sie nicht unwidersprochen bleiben kann. Der Konfirmandenunterricht soll nämlich hauptsächlich daran schuld sein, daß die Kinder im letzten Vierteljahr das Interesse an der Schularbeit verlieren, verbummeln und vielfach straffällig werden und zwar deswegen, weil die Schüler durch die drei Stunden Religionsunterricht und die drei Stunden Konfirmandenunterricht der erziehenden Arbeit der Schule entzogen und der ernstlichen Anstrengung entwöhnt werden. Ist dieser Vorwurf wirklich berechtigt? Wenn bei manchen Schülern der Eifer und die sittliche Haltung gegen das Ende der Schulzeit nachläßt, so ist für den unbefangenen Beobachter der Hauptgrund doch wohl in der Erwartung des nahen Schulaustritts, in der Hoffnung auf die bald beginnende größere Freiheit und in der seelischen Verfassung der Entwicklungsjahre zu suchen. Daß in dem Konfirmandenunterricht die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Disziplin sehr große Schwierigkeiten bereitet, ist zuzugeben, aber leicht erklärlich wenn Schüler aus den verschiedensten Schulklassen zusammenkommen, zumal wenn bis zu 80 Schülern gemeinsam unterrichtet werden müssen. Es darf aber andererseits hervorgehoben werden, daß der Konfirmandenunterricht, wenn er richtig erteilt wird, Gesinnungsunterricht ist, sich an das Herz und Gewissen wendet, den Willen zu wecken, die Seele mit Ehrfurcht vor Gott und seinen heiligen Geboten zu erfüllen, zu Glaubensliebe und Glaubenstreue zu begeistern bestrebt sein muß. Wenn es heute immer noch eine nicht ganz kleine Zahl von Volksgenossen gibt, die es mit den Pflichten gegen das Gemeinwohl ernst nehmen, sich von dem Wuchergeist, den Schiebern und Hamstern fernhalten, so sind dies die ersten aufrichtig religiösen Menschen, die ein solches Treiben mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können. An der Gewissenserziehung aber hat ein guter Konfirmanden- und Religionsunterricht keinen geringen Anteil.

Zu der Klage, daß der dreistündige Konfirmandenunterricht die Kinder der Schule zu lang entzieht, ist zu bemerken, daß in dieser Zeit die wöchentliche Kinderlehre und eine Stunde des Religionsunterrichts des Pfarrers wegfällt, die Schulen also nur 1 Stunde mehr durch den Konfirmandenunterricht in Anspruch genommen sind.

Die neuere Pädagogik verlangt mit Recht eine psychologische Vertiefung des Unterrichts. Dazu gehört aber die Rücksicht auf die Empfanglichkeit der Kinderseele. Die Forderung, den Konfirmandenunterricht außerhalb der Schulzeit zu geben, würde aber eine pädagogische und psychologische Erschwerung bedeuten. Denn entweder müßte dieser Unterricht nach der Schulzeit gegen Abend gegeben werden, wenn die Schüler ermüdet sind, nach Hause pressieren oder gar vom Elternhaus zur Mithilfe bei der Arbeit begehrt werden, oder an den beiden schulfreien Nachmittagen. Diejenigen Geistlichen, welche Mittwochs und Samstags von halb 2 bis 3 Uhr ihre Konfirmanden unterrichten, wissen davon zu sagen, wie ein 1½stündiger Gesinnungsunterricht außerordentlich ermüdet und für Lehrer und Schüler eine große geistige Belastung bedeutet, so daß vor der allgemeinen Einführung dieser Sitten aus pädagogischen Gründen nur gewarnt werden kann. Die Eltern, welche auf die religiöse Unterweisung ihrer Kinder

zu rechnen, weds Er- ammenge- nach Calw beiden Bo- einischafflichen rasche, ob die veltterhin Sit- Wahlen neu- en Min.-Ent- haben. Der

attfindenden- chen Partei- m die Abg- nd die neue- le hinweisen.

urückgekehrt: (Abt. 53); (119); Ostar (119); Ostar Müller (119) am aus Liebesberg (127); Lorenz (120); Adolf (120); Friedrich (120); Adolf Schabale aus Deden-

terrichts.

Frage eine veröffentlicht Konfirmanden- alle. Dieser daß derselbe stellt würde. heratende befaßt. Die Begründung- chen bleiben hauptsächlich artsfahr das n und viel- die Schüler ein Stunden Schule ent- Ist dieser Schülern der er Schulzeit der Haupt- schulaustritts, Freiheit und e zu suchen. Haltung der ten bereitet, us den ver- ven bis zu n. Es darf Konfir- and, Gefin- wiffen wens- vor Gott ensliebe und enn es heute enossen gibt, nst nehmen, mfern fern- n Menschen, vereinbaren guter Kon- n Anteil.

benunterricht- merken, daß Stunde des Schulen also richt in An-

ne psych- Dazu gehört derseele. Die der Schulzeit ologische Er- r Unterricht- wenn die er gar vom werden, oder igen Geist- 2 bis 3 Uhr sich ermüdet Befastung be- dieser Sitte kann. Die hter Kinder

einen Wert legen, können erwarten, daß der Konfirmanden- unterricht gut und in eindrucksvoller Weise gegeben wird.

Die Schwierigkeit, die richtige Zeit für denselben heraus- zufinden, würde sich leichter lösen, wenn sich überall Ge- meindehäuser oder kirchliche Gemeindefäle befän- den, in welche dieser Unterricht verlegt werden könnte. So lange dies nicht der Fall ist, muß man sich zu verständigen suchen. Es dürfte sich empfehlen, wenn bei solchen Kirche und Schule gleich sehr interessierenden Fragen Vertreter von Geistli- chen und Lehrern zu gemeinsamer Besprechung zu- sammentreten könnten.

Vielleicht bietet auch die Einführung des 8. Schul- jahres Veranlassung zu einer Neuordnung des Konfirman- denunterrichts. Für Reformvorschlüge werden die Geistlichen stets empfänglicher sein, aber diese sollten eine Verbesserung, nicht eine Erschwerung der Arbeit bringen.

Vom Landtag.

Der Geschäftsordnungsausschuß des Landtags trat am Frei- tag zusammen und beriet über die Behandlung der sogenannten Kleinen Anfragen. Die Beratungen wurden am Sams- tag fortgesetzt. Es wurde folgender Antrag des Ausschusses angenommen: „Eingaben können für nicht geeignet im Landtag erklärt werden, wenn sie aus nichtwürttembergischen Verhältnissen begründet werden und nicht eine besondere Be- ziehung zur württ. Gesetzgebung und Staatsverwaltung haben. Es sollen künftig kleine Anfragen eingeführt werden. In den Vollhaltungen vom Dienstag und Freitag jeder Woche soll je die erste Stunde auf Anfragen verwendet werden. Eine Begründung der Anfrage, eine Besprechung der Antwort des Ministers und Anträge hierzu sind unzulässig. Bei großen Anfragen ist eine Mindestzahl von 7 Unterzeichneten ver- lang. 10 anwesende Mitglieder des Landtags können eine Be- sprechung der großen Anfrage verlangen. Dabei können auch Anträge gestellt werden, wie dies nach der bisherigen Geschäfts- ordnung der Fall war.“ der Ausschuß hat damit seine Arbeiten abgeschlossen.

Der Abg. Schaeff von der Deutschen demokratischen Partei hat folgende Anfrage eingebracht: „Die Kupfermünzen sind seit einiger Zeit aus dem Zahlungsverkehr verschwunden. Die dadurch entstandene Lücke mache sich im täglichen Leben empfindlich bemerkbar. Was gedenkt der Herr Staatspräsident zu tun, um diesem Mibstand abzuhelfen?“ — Die vier unabh- hängigen Sozialdemokraten des Landtags haben an das württ. Staatsministerium folgende Anfrage gerichtet: „Ist das Staatsministerium bereit, auf die Reichsregierung ein- zuwirken, daß so schnell als möglich die wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zur russischen Sowjet- republik aufgenommen werden?“

Unsere Kohlenversorgung.

Die Kohlenversorgung Württembergs hat sich im Februar gegen- über dem Vormonat nur unwesentlich verbessert, trotz des guten Wasserstandes und des Steigens der Förderung. Angeliefert wurden im Februar etwas über 100 000 Tonnen Brennstoffe, im Januar 86 000 Tonnen. Die Transportfrage und die Beschlagnahme von mehreren Kohlenflößen durch die Entente wie die schlechte Wagen- stellung in Mitteldeutschland gegenüber anderen Reichsteilen hat unsere Vorseherung stark zurück gedrückt. In den letzten Tagen fanden beim Reichskohlenkommissar mit den süddeutschen Kohlenwirtschafts- stellen Verhandlungen über die Beförderungs-schwierig- keiten statt. Auch darüber wurde verhandelt, ob nicht der Indus- trie ein besonderes Kontingent wie eines für die einzelnen Länder zur Verfügung gestellt werden soll. Die Kohlenausgleich- stelle Mannheim soll nach einem Vorschlag des Württ. Lan- desbrennstoffamts die Oberverteilung der Erzeugnisse sämtlicher Re- gionen für Süddeutschland erhalten, die Unterverteilung in den Län- dern und die Beförderung auf Umschlagplatz in geschlossenen Zügen soll die Verbesszentrals erhalten. Eine Kommission unter dem Vor- sitz des Generals Brecht beim Reichswirtschaftsministerium soll in Mannheim oder Essen darüber beraten.

Der Uebergang der Württemberg. Eisenbahnen ans Reich.

Der Staatsvertrag zwischen der Reichs- und der württ. Regie- rung über die Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich wurde gestern von der Regierung verabschiedet. Württemberg erhält den Anlagenwert mit 1400 Millionen Mark ersetzt. Damit werden die sämtlichen Schulden des Landes, die sich auf 31. März 28 1/2 auf

891 Millionen Mark berechnen, auf das Reich übernommen. Das Guthaben Württembergs beim Reich wird mit 4 1/2 Proz. verzinst werden. Mit der Annahme dieses Vertrages hat die Regierung zu- gleich das Versprechen gegeben, eine entsprechende Regierungsvorlage beim Württ. Landtag einzubringen. Der Vertrag wird sofort dem Reichsrat zur Verhandlung zugehen. Zwischen der ersten und zweiten Lesung in der Nationalversammlung, die alle die Staatsverträge be- züglich der Eisenbahnen zu genehmigen hat, muß der württ. Landtag die Vorlage verabschieden, so daß also bis zum 20. März die Ueber- nahme nach der rechtlichen und vertraglichen Seite erledigt sein wird. Auch die württ. Neben- und Schmalspurbahnen, mit Aus- nahme der Privatbahnen, konnten ans Reich. Auch das Defizit der württ. Bahnen während des Krieges und während des Jahres 1919 wird vom Reich übernommen. Auch die württ. Bodensee- Dampfstraßenbahn geht an das Reich über. Die Verwaltung soll nur so weit zentralisiert werden, als es zur Vereinfachung unbedingt nötig ist. In jedem Land bleibt der Sitz einer höheren Eisenbahn- behörde, eine Neueinteilung ist nur mit Zustimmung der Länder möglich. Die Zweigstelle Württemberg des Reichsverkehrsministe- riums, die in Württemberg dem Ministerium des Auswärtigen un- tersteht, bleibt also noch 1 Jahr bestehen, bis die Ueberleitung voll- zogen ist.

Von der württembergischen Bodenseefischerei.

Im letzten Vierteljahr 1919 wurden von den Bodensee- fischern, die in Württemberg ihren Wohnsitz haben, 84 892 Stück Fische im Gesamtgewicht von 1972 Kilogramm gefangen. Der Wert dieser Fische beträgt 119 264 Mark. Im ganzen Jahr 1919 wurden im Bodensee von württ. Fischern 299 145 Stück im Gewicht von 18 302 Kilogramm gefangen, im Vergleich zum Vorjahr bedeutend mehr, denn 1918 war das Fangergebnis nur 167 326 Stück, hatte aber einen höheren Gewichtsbeitrag von 21 643 Kilogramm.

Staatslotterie.

Die 3. Klasse 15. Lotterie mit 10000 Gewinnen in baren 1 953 864 M., worunter je 2 Gewinne zu 75 000, 50 000, 30 000, 15 000 und 10 000 M., wird am 11. und 12. März d. Js. ge- zogen, nachdem der Schluß der Erneuerungsfrist auf 5. März d. Js. festgesetzt worden ist.

Obstverkehr.

Durch Verfügung der Landesverorgungsstelle und des Er- nährungsministeriums sind die bisherigen Beschränkungen des Ver- kehrs mit Äpfeln und Birnen sowie die Höchstpreise für Obst auf- gehoben. Gegen Preistreibeien oder übermäßige Handelszuschläge wird trotzdem vorgegangen werden.

Brennholz-Verein.

Neulich fand in Stuttgart die aus allen Teilen des Landes zahlreich besuchte Gründungsversammlung des Verbandes Württ. Brennholz-Händler und -Erzeuger e. V. mit dem Sitz in Stuttgart statt.

Verteuerung des Süßstoffes.

Nach einer Verfügung des Reichswirtschaftsministers sind die Preise für Süßstoffe (Saccharin und Dulcin) verdoppelt worden. Es kosten nunmehr 1000 Gramm Saccharin 800 M., 1000 Gramm Dulcin 400 M.

Reichsarbeitsnachweis für Offiziere.

Den verabschiedeten und aus der Gefangenschaft zurück- kehrenden Offizieren mit Rat und Tat beizustehen und ihnen den Uebergang in einen Zivilberuf zu erleichtern, hat sich der Reichsarbeitsnachweis für Offiziere e. V., abgekürzt: „Rano“, zur Aufgabe gemacht. Im Jahre 1915 von allen Kreisen des deutschen Wirtschaftslebens gegründet, um zunächst den kriegsverletzten Offizieren das Fort- kommen zu erleichtern, hat der „Rano“ seine Tätigkeit nun- mehr auf alle Offiziere ausgedehnt. Wie uns geschrieben wird, sind bei ihm im verfloßenen Jahre 2097 Stellenangebote eingegangen, und es ist gelungen, 1738 Offizieren Anstellung zu verschaffen. Im Januar 1920 waren es 337 Angebote und 302 Anstellungen. Der „Rano“ sucht sein Ziel durch gründliche, sachgemäße Berufsberatung, durch eine den praktischen Bedürfnissen angepaßte Berufsschulung und durch eine individuell ausgeführte Berufs- und Stellenver- mittlung zu erreichen. Er steht allen Offizieren, Offiziers- aspiranten und oberen Militärbeamten des Friedens- und Be-urlaubtenstandes und der Inaktivität kostenlos zur Verfügung. Zu seinen Veröffentlichungen bedient er sich eines eigenen

Organs, der Wochenschrift „Rano“. In Stuttgart, wo bei der Handelskammer Stuttgart schon lange eine Nachrichten- stelle besteht, ist eine Zweigstelle der Organisation eingerichtet worden. Ihr Leiter ist der württ. Oberst a. D. Wagner, der die Beratung und Versorgung württembergischer Offiziere in engem Zusammenhang mit der „Zivilversorgung- stelle für Heeresangehörige“ abhalten wird.

s. Altburg, 29. Febr. Heute hielt die hiesige Ortsgruppe des evang. Volksbundes, die nun schon über 300 Mitglieder zählte, eine Versammlung ab. Der Vorsitzende, Pfarrer Schmidt, begrüßte die Versammlung und sprach dann über die Frage: „Was müssen wir als evangelische Christen über die Neugestaltung unseres Schulwesens wissen?“ Er ging aus von den Bestimmungen der Reichsverfassung und besprach dann die verschiedenen Schularten, die religionslose Schule, die Simultanschule und die Konfessionsschule. Es wurden die Gründe gewürdigt, die für die Simultanschule sprechen, aber der Redner empfahl doch die evang. Konfessionsschule als die Schulart, in der eine einheitliche von evangelischem Geist ge- tragene Erziehung am besten geleistet werden könne. In der Besprechung hob Hauptlehrer Hirth Alzenberg die Vorzüge der Simultanschule noch weiter hervor, andere Redner betonten den Wert eines gründlichen evangelischen Religions- und Ge- schichtsunterrichts. Die anregende Versammlung hat gezeigt, wie wertvoll es ist, daß der evang. Volksbund Gelegenheit zu sachlicher Besprechung derartiger wichtiger Fragen gibt.

(S. B.) Nagold, 1. März. Im Schloßburgwäldchen wurde die Leiche eines seit 1/2 Jahr ermordeten jungen Mannes mit dem Revolver gefunden; der Mann dürfte aus Furcht in den Tod gegangen sein.

(S. B.) Altensteig, 27. Febr. Eine Schwindlergesellschaft treibt seit einiger Zeit ihr Unwesen in der Umgebung und verkauft in der Hauptsache Herrenanzugstoffe zu Preisen, die in gar keinem Verhältnis zu der schlechten Ware stehen. Dabei brüht sie sich damit, große Posten an Geschäfte abgekauft zu haben und nennt Firmen, die ihnen große Posten abgekauft haben sollen, was natürlich nicht zutrifft. Ein Hereingejagter, der die Leute aufforderte, ihre Waren wieder abzuholen und das Geld zurückzuerstatten, hatte, lt. „Aus den Tannen“, weil er drohte, die Sache anzuzeigen, vollen Erfolg; schnellstens kam einer vom Entsat angeheißt, wo die Gesellschaft den Schau- platz ihrer Tätigkeit augenblicklich aufgeschlagen hat.

(S. B.) Leonberg, 1. März. Im hiesigen Amtsgerichts- gefängnis sitzt ein Gauner aus Cannstatt, der neulich in Münn- lingen sich als Wachtmeister der Landespolizei, ausgab und Schweigegeelder erpreßte. Er spielte den Geisteskranken und inszenierte einen Hungerstreik, bis ihm der Magen so knurrte, daß er den Verstand wieder fand und jetzt auch Nahrung zu sich nimmt. — Bei der Ortsvorsteherwahl in Wimsheim wurde der Amtsvorsteher Friz mit 327 von 334 abgegebenen Stimmen zum Ortsvorsteher gewählt.

(S. B.) Leonberg, 27. Febr. Ein Lebensmittel- beamter einer benachbarten Ortschaft nahm, der „Leob.“ zufolge, beim Kommunalverband 220 Pfund Butter in Empfang und verkaufte sie in einem hiesigen Gasthof an einen arbeitswärtigen Schieber. Unterwegs von hier nach den Aldeern wurde der Transport von der Landespolizei angehalten und die Butter beschlagnahmt. Der Beamte wurde verhaftet.

(S. B.) Von der Enz, 27. Febr. In Pforzheim wurde schon wieder ein Einbruch in eine Gold- und Silberwaren- u- verläßt und zwar bei Emil Becker, Emilianstraße 5. Es wurden für etwa 70 000 Mark Waren gestohlen. Das ist der vierte solche Einbruch binnen 4 Wochen. — An der badisch-württemb. Grenze östlich Pforzheim finden gegenwärtig große Abholzungen des sog. Hagenstiefelwaldes auf Rechnung der badischen Sied- lungs- und Landbank statt. Mehrere hundert Hektar schöner Wald wurden für Gewinnung bäuerlicher Neusiedlungen ab- geschlagen.

(S. B.) Cannstatt, 1. März. Am Sonntag ist hier Ephorus a. D. Eduard Lang im 73. Lebensjahr gestorben. Er war von 1877—1903 als Professor und Ephorus am theol. Seminar in Schöntal tätig. Von 1875—77 bekleidete er die Stelle eines zweiten Redakteurs am „Staatsanzeiger“.

Für die Schriftl. verantw.: J. Vert.: H. D. Röder, Calw. Druck und Verlag der A. Bisköpfer'schen Buchdruckerei, Calw.

Forstamt Hirsau.
Reifig-Verkauf.
Am Freitag, den 5. März nachmittags 4 Uhr werden im „Dömen“ in Hirsau aus dem Staatswald Hühner- reich, Gröndle, Lärchengarten, Markgrafenswald, Lange- platte, Zellerkopf, Birkenhau, Langenwand, 53 Reischläge, geschätzt zu 9400 Wellen, verkauft.

Forstamt Stammheim.
Reifig-Verkauf.
Am Donnerstag, den 4. März 1920, nachmittags 4 Uhr im Röhle in Stamm- heim aus Staatswald Mitter- lein, Dreißig, Ka- stanienvogel und Scheidholz aus Lindenrain 50 Flächen- löse ungebund. Nadelreifig geschätzt zu 3810 Wellen.

Calw.
Erhöhung der Gaspreise betreff.
Infolge weiterer außerordentlicher Steigerung d. Kohlen- preise ist der Gasverkaufspreis mit Zustimmung des Ge- meinderats ab 1. März 1920 folgendermaßen festgesetzt:
in Calw:
Leuchtgas 1.25 Mk. für den cbm.
Motorgas 1.23 Mk. für den cbm.
in Hirsau:
Einheitspreis 1.30 Mk. für den cbm.
Calw, den 1. März 1920.
Städt. Gaswerk: Frey.

Entlaufen
ist mit mein
Schäferhund,
schwarz mit braun, auf der Brust weiß. Mitteilungen über dessen Verbleib erbittet
Inhof Schrotz,
Monakam.

Gesangbücher
in grosser Auswahl sind vorrätig
C. Bub,
Buchbinderei und Schreib- materialien, Salzgasse.

Ab 1. März stellen sich unsere
Zeilenpreise wie folgt:
Die einspaltige Zeile
im Anzeigenteil 40 Pfennig,
im Reklameteil 150 "
Verlag des „Calwer Tagblatt“.

Calw.
Auszahlung des Zuschusses
zur Brennholzbeschaffung
am Mittwoch, den 3. März 1920. Diejenigen, die mit der Bezahlung ihres Brennholzes noch im Rückstand sind, wollen den Loszettel zur Berechnung mitbringen.
Den 1. März 1920.
Stadtpflege: Frey.

Calw.
Grundstücks-Verpachtung.
Am Donnerstag, den 4. März 1920, nachmittags 2 Uhr kommen nachgenannte Grundstücke zur Verpachtung:
a) im Geschäftszimmer der Stadtpflege:
30 qm Gemüsegarten an der Badstraße,
20 ar 74 qm Gemüsegarten beim alten Krankenhaus,
51 qm Gemüsegarten an der Hengstetter Steige,
19 ar 80 qm Acker auf dem Muckberg,
27 ar 96 qm Wiese (Eisbahn) beim Delenderle.
b) daran anschließend an Ort und Stelle ca. 25 Viertelmorgen Acker und Wiese im Kapellenberg (St. Hand).
Für diese Grundstücke wird der gartennützige Anbau gestattet.
Calw, den 1. März 1920.
Stadtpflege: Frey.

Unsere Geschäftsstelle ist bereit
G a b e n
für die Grenzspende
in Empfang zu nehmen und weiterzuleiten.

Politisch-volkswirtschaftl. Vorträge.
5. Vortrag.

**Die Frauen
und die neue Zeit.**

Nednerin: **Frl. Maria Reinath**, Mitglied
des Landtags.

Dienstag, den 2. März, abends 8 Uhr
Branerei Dreiß.

Die Teilnehmerkarten sind am Saaleingang vorzuzeigen.

Deutsche demokratische Partei.

Teilnehmerkarten zu 1 Mk. für alle nach folgenden 4
Vorträge gültig, sind in den Buchhandlungen Dipp und
Kirchherr sowie am Saaleingang für Jedermann erhältlich.

Calw, den 2. März 1920.

Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme bei dem Hinscheiden unserer lieben
Tante

Katharine Lant,
Witwe,

für die trostreichen Worte des Herrn Dekan
Zeller, für die liebevolle Verpflegung der lieben
Stadtschwester, den Herren Ehrenträgern,
für die vielen Blumenpenden, der zahlreichen
Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte, sowie
allen denen, die ihr während ihrer Krankheit
Liebe erwiesen haben, sagen herzlichsten Dank

die trauernden Hinterbliebenen.

Althengstett, den 29. Februar 1920.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme
bei dem Hinscheiden meiner lieben Gattin

Wilhelmine Flick,
geb. Lötterle

sowie für die trostreichen Worte des Herrn
Dekan Wunderlich, für den schönen Gesang
des Herrn Oberlehrer Reiff mit seinen Schülern,
sagt herzlichsten Dank

der trauernde Gatte:
Johannes Flick.

Von Mittwoch, den 3. März nachmittags
von 1/2 4—1/2 6 Uhr im Hotel
„Aldler“ in Calw, Zimmer
Nr. 3, und kaufe

alte Gebisse, sowie einzelne Zähne,
Brennstifte zu allerhöchsten Preisen,
kein Zahn unter Mk. 12.—
bis Mk. 100.—

Gebisse bis Mt. 800 und mehr.

Schreinermeister

Spezialisiert Euch,
indem Ihr nur einen, höchstens zwei Artikel, in aller-
einfachster Form in Eiche roh, innen Buche roh, jedoch in
guter Ausführung bei Verwendung von gut getrocknetem
Holz liefert:

Schränke, 140 und 160 cm breit,
Bettstellen, 200/100 cm,
Waschkommoden, 105/55 cm,
Nachttische,

alles ohne Glas.

Genaue Angaben der Adressen unter gleichzeitiger
Angabe, welcher Artikel und wieviel ungefähr monatlich
geliefert wird, Angebote unter „Schlafzimmermöbel“ an
den Verlag der Zeitung.

Frauengruppe d. D. D. Partei.

Zu dem heute Abend stattfindenden

**Vortrag von Fräulein
Maria Reinath, M. d. L.,**

laden wir alle Frauen, besonders unsere Mitglieder, drin-
gend ein.

Der Ausschuss.

**Bierkenner trinken nur:
Rettenmeyer
Bier!**



**Niederlage in Calw
Oskar Schlanderer.**

Meiner werthen Kundschaft zur Kenntnis, daß ich meine
wegen Kohlenmangel geschlossene

Badeanstalt

infolge von Kauf von Stockholz
**wieder in beschränkt. Umfang
weiterbetriebe.**

Jedoch müssen die Bäder durch Lösung einer Karte min-
destens 1 Tag vorher bestellt werden.

Wegen den ungeheuren Holzpreisen bin ich genötigt,
den Preis für 1 Bad auf 2 Mk. festzusetzen.
Hermann Schnürle.

**Zuverlässige Frau oder
Fräulein für
Wochenbett-
Pflegerin**

und Hausarbeit bei guter
Bezahlung sofort gesucht.
Zu erfragen bei der Ge-
schäftsstelle des Blattes.

Mädchengesuch.

Jüngeres Hausmädchen
und einfaches Küchenmädchen
für sofort gesucht.
Hotel Waldhorn.

Mädchen

gesucht für besseren Haus-
halt, nicht unter 19 Jahren,
bei hohem Lohn.
Frau Emma Burghard,
Pforzheim, Zerrenmstr. 1.

Mädchengesuch.

Ein fleißiges, ehrliches
Mädchen wird für Küche
und Haushalt für eine Kon-
ditorei nach Tübingen gesucht.
Monatslohn Mk. 60.— bei
freier Station.
Näheres zu erfragen
Teufelweg 816.
Telefon Nr. 4.

**Knecht
gesucht.**

Ein anständiger, junger
Mann, der so ziemlich etwas
von der Landwirtschaft ver-
steht, sucht zum sofortigen
Eintritt (Familienanschluss)
Wilh. Rau,
Baumschulen in
Birkenfeld.

**Tüchtiger
Maschinen-
schlosser**

sucht Stellung.
Näheres b. Wilhelm Fuhs,
Simmozheim.

6-8 Legenten,

möglichst Kreuzungstiere,
1918 er oder 1919 er, sucht
zu kaufen

**Deutsche,
Waldmühlweg.**

Widwer, mittleren Alters,
ev., sucht älteres, ver-
trautes

**Mädchen oder
Witfrau**

mit einem Kind nicht
ausgeschlossen, zur Führung
des Haushalts.
Einerheiratung kann
erfolgen.
Schriftliche Angebote sind
unter H. 101 an die Ge-
schäftsstelle d. Bl. zu richten.

Nach Karlsruhe

bis 1. April junges, fleißiges
Mädchen

in Bäckerei gesucht. Lohn
monatlich 50 Mark.
Reisevergütung. Näheres
bei Frau Frida Herzog,
Entenschnabel.

Beiköningesuch

Zum Eintritt für Anfang
oder Mitte April suche ich
ein in der Küche erfahrenes,
tüchtiges Mädchen bei hohem
Lohn in Dauer-Stellung.
Gute Gelegenheit sich neben
dem Küchenmeister auszu-
bilden. Angebote an
**Adolf Andler, Hotel
z. Hirsch, Bad Teinach.**

Ein ordentlicher

Junge,

welcher Lust hat die Klüßerei
zu erlernen, findet gute Lehr-
stelle bei gründlicher Aus-
bildung und guter Behand-
lung.
**Karl Hafner, Pforzheim,
Ecke Wehr- u. Brühlstraße
Telefon 2682.**

Geprüftes

**Haber- und
Weizen-Stroh**

hab abgegeben
Güterbeförderer Bauer.

1 jährigen



**Lern-
Stier**

setzt dem Verkauf aus
Sohns. Flick, Althengstett.

Monacham.

Am Freitag, den 5. d. Mts.
nachmittags 3 Uhr kommen

261 Etr. Wein

als Hausrunk in Quantil-
itäten von je 10 Etr. gegen
bare Bezahlung zur Ver-
steigerung. Weinbändler und
Wirt sind von der Teil-
nahme an der Versteigerung
ausgeschlossen. Zusammen-
kunft beim Rathaus.

D h g e m a c h,
Gerichtsvollzieher
beim Amtsgericht Calw.

**Haarwaschen,
Frisieren,
Ondulieren**
zu jeder Tageszeit
**J. Obermatt, Friseur-
geschäft, Bahnhofstraße.**

Wir empfehlen:

**Gartensämereien
Steckzwiebel
Steckbohnen
Essend. Nunkeln
Zucker-Nunkeln
Zucker-Rüben
(Imperial)
Feld- ob. Stoppelrüben,
auch Vogelfutter,
alles in besten Sorten.
Geschw. Deufale.**

Ein rein wollener, heller

**Sommeranzug,
ein Rockjackett,**

schwarz, mittlere Figur, so-
wie einige
Damenkleidungsstücke
sind preiswert abgegeben.
Wo, sagt die Geschäfts-
stelle des Blattes.

Wasserglas

empfiehlt
Carl Serva.

**Ein einfach möbliertes
Zimmer**

für einen ordentlichen, jungen
Mann gesucht.
Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle des Blattes.

**Gebrauchter, 1 türtiger
Eisschrank,**

sowie ein schwarzes
Kleid

(mittl. Figur) preiswert zu
verkaufen.
Lederstraße 168 L.

**Kurzgesägtes, trockenes
Brennholz**

kann sofort geliefert
werden
**L. Rärcher, Sägewerk,
Hirau.**

**1 Glaschrank-
auffag,**

Glasgröße 1 m hoch und
58 cm breit, mit Fächer,
auch passend für Friseur, ist
wegen Entbehrlichkeit zu ver-
kaufen. Näheres zu er-
fragen in der Geschäftsstelle
des Blattes.

**Maulwurfs-
Fallen**

eingetroffen
**F. Holz,
Oberreichenbach.**

Zwei Hühner,

18er oder 19er gesucht, sowie
ein stattlicher

Hahn,

Minorka- oder Ital. Rasse.
Zu erfragen in der Ge-
schäftsstelle des Blattes.

**Spar- u. Consumverein Calw
und Umgegend** e. G. m. b. H.

Am Dienstag, den 9. März 1920, abends
1/8 Uhr im Weiß'schen Saal

aufserordtl. Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Ausgabe weiterer Hausanteilscheine.
2. Genehmigung zur Anstellung eines Geschäftsführers
im Hauptamt.
3. Verschiedene Mitteilungen.

Der Aufsichtsrat: Vorsitz: S. Schradin.

**Leonhard Rathgeber
Helene Rathgeber**

geb. Herzog

Vermählte

Calw, 2. März 1920.

Wir folgen einem Rufe der Metho-
distengemeinde in Strassburg i. E. und
verlassen in den nächsten Tagen Liebenzell.
Unsere Freunde sagen wir auf diesem Wege
herzlichst

„Lebewohl!“

Alfred Roth und Frau Marthe,
geb. Döckel, Liebenzell, Missionshaus.

Geschäftsempfehlung.

Unterzeichnetem empfiehlt sich für Calw
und Umgebung in allen

**Gipfer- und Weißner-
Arbeiten**

in bester und prompter Ausführung.

**Eugen Widmann, Calw,
Gipfergeschäft, Inselftr. 214.**

N. Hauber empfiehlt:

Baumwachs, kaltflüssig.	Schmalfett,
Kaffiadaft la.	Schuhcreme in schwarz,
Obstbaumcarbolium.	braun, gelb und weiß.
Barkeit- und Linoleumwäse, Bodenöl, Stahlpäne, Pugtücher.	Echte Kemy Reis- strahlen- u. Hoffmanns Wunderglanzstärke, Kaiser-Borag, Waschblau.
Maschinen- und Motorenöl, Treibriemenwachs, gelb Konst. Maschinenfett.	Seifenpulver, Wasch- und Toilettenseifen, Schwämme in großer Auswahl.

ABDA

Allg. Veleih- u. Privat-Darlehen-Anstalt
Sammstr. Lahr in Baden Ecke Kaiserstr. 80.

Geschäftstätigkeit:

Vorschussfreie Bewährung von Darlehen zu produktiven
Zwecken gegen bequeme Ratenrückzahlung an Personen
jeden Standes. — Klein-Finanzierungen wirtschaftlich
gerunder Geschäfte. — Kurze Kredite für einwandfrei.
Waretransaktionen. — Viele beglanbige Dankschreiben
beweisen die rasche, verschwiegene und für die Kunden
angenehme Geschäftsabwicklung. Gekürzte Briefauschrift:
ABDA Lahr in Baden.

Harmonium,

wenn auch reparaturbedürftig,
wird zu kaufen gesucht.
**G. Burkhardt,
Ottenbronn.**

**„Nissin“
gegen
Kopfläuse**

Nichts anderes nehmen zu
haben in der Neuen Apotheke.